

»Die Linke trägt bei zur Entpolitisierung«

Die von Marx geforderte umfassende Kritik der Verhältnisse steht immer noch aus.

Ein Gespräch mit Klaus-Jürgen Bruder

Die »Neue Gesellschaft für Psychologie«, NGfP, hat ihrem diesjährigen Kongress im März den Titel »Paralyse der Kritik: Eine Gesellschaft ohne Opposition« gegeben. Ist die Wahl dieses von Marcuse stammenden Zitats eine bewusste Provokation aller, die sich selbst als Opposition bezeichnen würden – angefangen von der Partei Die Linke bis zu den Demonstranten beim G-20-Gipfel?

Der Titel geht vom Erleben des gegenwärtigen Zustands der Stagnation aus. Die Politik wird durch keine Opposition auch nur im geringsten gestört, behindert oder gar in eine etwas andere Richtung gedrängt. Dieser Zustand ist für jeden, der außerhalb dieser Zirkel steht, eine Beleidigung. »Paralyse der Kritik« diagnostiziert denselben Zustand mit Blick auf die theoretische Diskussion. Auch bei größter Anstrengung einzelner kritischer Geister und sich politisch engagierender Gruppen verlaufen ihre Aktionen des kritischen Gehalts entleert. Es geht mir also keineswegs darum, das ernsthafte Bemühen derer, die dieses als oppositionelles verstehen, zu schmähen.

Sie sehen in der Partei Die Linke nicht die Opposition, die dieses Land braucht?

Eine solche Frage verleitet zu unsolidarischen Antworten. Opposition will sie sein, ist sie aber nicht. Sie ist parlamentarisch kastriert, »Opposition Ihrer Majestät«. Die Linkspartei ist mehr Ausdruck des gegenwärtigen Zustands der politischen Verhältnisse als deren Spiegel.

Wie beurteilen Sie das Potential inner- und außerhalb der Linken?

Es gibt oppositionelles Bewusstsein innerhalb und außerhalb der Linken. Aber eine Partei in der Regierung – wie in Berlin – ist von der selbstgewählten Arbeitsplatzbeschreibung her keine Opposition. Es kann oppositionelle Aktionen nur außerhalb einer Regierungspartei geben, und da gibt es einiges. Denken Sie an die Hausbesetzungen in Berlin oder die Aktion in der Berliner Volksbühne, als engagierte Kunststudenten das

Theater besetzten. Aber in solchen Situationen tritt die Linkspartei als Ordnungsmacht auf. Damit signalisiert sie: »Bei der Linkspartei ist Opposition nicht gut aufgehoben. Wenn wir uns zur Wehr setzen, bekommen wir von denen eher eins aufs Dach.« So trägt sie zur Entpolitisierung bei.

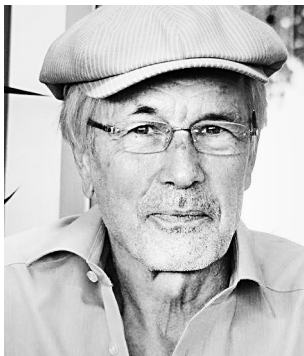
Sie meinen, sie dämpft oder fesselt gar, wo es eigentlich darum ginge, die Akteure aus ihrer Hilf- und Ratlosigkeit zu befreien?

Ja, sie ergreift nicht einmal die wenigen Chancen, bei denen aus lokaler Unbotmäßigkeit ein Funke überspringen könnte. 1967 in Berlin oder später im Mai 1968 ist aus einem nicht vorhersehbaren Anlass ein gewaltiges »Nein« zu den herrschenden Verhältnissen geworden. Wenn das wieder geschehen soll, müssen progressive Kräfte sensibel dafür sein, wann und wo es unerlässlich ist, Protest zu ermutigen, zu begleiten und – nicht nur verbal – zu unterstützen. Aus vielen solchen Aktionen können Synergieeffekte entstehen; im Idealfall wird aus vielen Gruppen und ihrem Widerstand eine gemeinsame große Opposition.

Müssen also alle, die eine Veränderung der Verhältnisse wollen, auf unvorhersehbare Anlässe warten und dann auf den Zug aufspringen?

»Warten« ist ebenso ermüdend wie Hyperventilation, und »auf den Zug aufspringen« ist immer noch besser, als den Zug abfahren zu lassen, ohne aufgesprungen zu sein. Aber wir befinden uns ja in der Zeit vor der Einfahrt des Zuges. Und da gibt es genug »zu tun«. Von Marx haben wir da einen immer noch aktuellen Hinweis: In seiner »Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie« von 1844, wo er von dem »kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen« spricht, nennt er als Voraussetzung die »Kritik aller Verhältnisse, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist«. Diese Aufgabe ist noch lange nicht erledigt, solange die Verhältnisse so sind. Unser Kongress will dazu etwas beitragen.

Interview: Christa Schaffmann



Klaus-Jürgen Bruder ist Erster Vorsitzender der Neuen Gesellschaft für Psychologie, deren diesjähriger Kongress vom 8. bis 11. März in Berlin stattfindet



Zehntausende für Afrin. Zehntausende Menschen haben am Samstag in Berlin gegen die völkerrechtswidrigen Militäraktionen der Türkei im überwiegend von Kurden bewohnten Kanton Afrin in Nordsyrien demonstriert. Dazu mobilisiert hatten kurdische Verbände sowie deutsche Organisationen und Parteienvertreter. Den Aufruf »Gemeinsam gegen die türkischen Angriffe auf Afrin« hatten der kurdische Dachverband Nav-Dem, aber auch Vertreter der Partei Die Linke und von Gewerkschaften unterstützt. Die Organisatoren sprachen von 20.000 bis 30.000 Teilnehmern, die Polizei von »mehreren tausend«. (jw)

»Billag« bleibt

Mehrheit der Schweizer stimmt für Rundfunkgebühren. Kürzungen angekündigt

Mit deutlicher Mehrheit haben die Schweizer am Sonntag ein Volksbegehren zur Abschaffung der Rundfunkgebühren abgelehnt. Mit dem Erscheinen der ersten Umfragen hatte es noch so ausgesehen, als könnte das Volksbegehren die Medienlandschaft in der Schweiz erschüttern. Mit ihrer »No Billag«-Initiative hatte ein Bündnis aus Libertären, Nationalkonservativen und einigen Liberalen die Abschaffung der Gebühren gefordert. Dies hätte der Regierung zufolge das Ende für die Schweizer Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) bedeutet.

Die Angst schien so groß, dass die Initiatoren den Bundesrat vor sich hertrieben. Als diese im Dezember und damit vergleichsweise früh ihre Kampagne starteten, verlegte die Regie-

rung ihre offizielle Pressekonferenz zur Initiative vor. Da keine anderen großen Abstimmungen anstanden, dominierte »No Billag« die vergangenen drei Monate die Politik.

Doch die Vorlage fiel bei den Abstimmenden noch klarer durch, als selbst die letzten Umfragen erahnen ließen, in denen immerhin noch etwa 40 Prozent Zustimmung vorhergesagt worden waren. 71,6 Prozent der Wählerinnen und Wähler lehnten die Vorlage ab. Eine Mehrheit fand die Idee in keinem Kanton. In der Westschweiz, die traditionell linker abstimmt, war die Schlappe besonders klar. So votierte für »No Billag« im Jura gerade einmal jede Fünfte.

Der Kampf um die Abstimmung hatte dennoch Auswirkungen. Dass anfängliche Umfragen einen Sieg der Initianten möglich scheinen ließen,

hatte wohl mit der Unbeliebtheit der Billag-Gebühren zu tun. Mit bislang 451 Franken konnte die Rechnung für Fernsehen und Radio für Leute mit niedrigem Einkommen ein harter Schlag sein. Während sie einen Superreichen kaum trifft. Um kein »Ja« an der Urne zu provozieren, wurde beschlossen, die Gebühr auf 365 Franken (316 Euro) im Jahr zu senken – ein Franken pro Tag.

Um diese Reduzierung zu finanzieren, hatte SRG-Chef Gilles Marchand noch am Sonntag bei einer Pressekonferenz direkt nach Bekanntgabe der Ergebnisse verlauten lassen, dass es beim öffentlichen Rundfunk zu einem erheblichen Kürzungsprogramm in Höhe von 100 Millionen Franken kommen werde – damit einhergehen sollen Massenentlassungen.

Florian Sieber, Winterthur

NACHRICHTEN

Irakische Regierung kürzt Ausgaben für Kurden

Bagdad. Das irakische Parlament hat einem Haushaltsentwurf zugestimmt, der geringere Mittel als bislang für die kurdische Autonomieregion vorsieht. Die Abgeordneten sprachen sich am Sonnabend in Bagdad mit absoluter Mehrheit für den Entwurf ab, während kurdische Parlamentarier die Sitzung boykottierten. In dem Haushalt von insgesamt 104 Billionen Irakischen Dinar (etwa 71 Milliarden Euro) sollen 12,6 Prozent an die kurdische Verwaltung im Norden des Landes gehen – vorher waren es 17 Prozent. Die Zentralregierung argumentiert, dies entspreche dem Anteil der 5,2 Millionen Menschen in dem Gebiet an der Gesamtbevölkerung des Iraks. (dpa/jw)

Verletzte nach Autoattacke in Nordisrael

Tel Aviv. Im Norden Israels hat ein Autofahrer am Sonntag einen Polizisten und zwei Soldaten mit seinem Fahrzeug ge-

rammt, bevor er angeschossen wurde. Die Polizei erklärte, es habe sich um einen »Terroranschlag« gehandelt. Der Polizist und die beiden Soldaten wurden demnach leicht verletzt. Aufgrund einer Nachrichtensperre gab es keine weiteren Informationen zum Zustand oder der Identität des Angreifers. Der Vorfall ereignete sich in der Mittelmeerstadt Akko, die von arabischen und jüdischen Israelis bewohnt ist. (AFP/jw)

IG BCE will Staatsgeld für Diesel-Kfz-Umtauschprämie

Haltern. Der Chef der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), Michael Vassiliadis, fordert, die Umtauschprämien für alte Dieselaautos mit Geld aus den Taschen aller Steuerzahler aufzustocken. Autohersteller und Staat sollten Fahrern älterer Diesel durch eine Erhöhung der Umweltprämie den »Wertverlust« ersetzen, der durch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig entstehe, so Vassiliadis am Freitagabend bei einer Gewerkschaftsveranstaltung in Haltern.

Das Gericht hatte Dieselfahrverbote zur Luftreinhaltung in Ausnahmefällen erlaubt. (dpa/jw)

2.000 Rechte marschierten in Kandel

Kandel. Rund 2.000 Rechte haben am Sonnabend im rheinland-pfälzischen Kandel nach Angaben der ARD-Tageschau für eine härtere Abschottungspolitik demonstriert. »Festung Europa, macht die Grenzen dicht«, skandierten sie laut Nachrichtenagentur dpa und schwenkten Deutschlandfahnen. In der Parallelstraße formierte sich eine Gegendemonstration mit Parolen wie »Nazis raus«. Die Rechten hatten in ihrem Aufruf den Mord an einer 15-jährigen durch ihren afghanischen Exfreund instrumentalisiert, um Stimmung gegen eine humanitäre Flüchtlingspolitik zu machen. Die Polizei sprach am Abend von insgesamt vier »teils rechts-, teils linksgerichteten Versammlungen« in Kandel, an denen insgesamt etwa 4.500 Menschen teilgenommen hätten. (dpa/jw)